

Italiens Homosexuelle ohne Schutz und Rechte

Schwule und Lesben werden nach wie vor häufig diskriminiert – Der Kampf um Anerkennung stagniert

In Italien ist homophobe Gewalt nicht strafbar. Gleichgeschlechtliche Paare werden nicht gesetzlich anerkannt, in weiten Teilen der Gesellschaft werden Homosexuelle noch stark diskriminiert. Der Rückstand Italiens ist politisch sowie kulturell bedingt.

Romina Spina, Rom

«Homosexuelle gelten in Italien meist als Witzfiguren, nur so werden sie wahrgenommen und akzeptiert», sagt Mario mit ernster Miene, während er die letzte Zigarette vor dem Beginn seiner Schicht zu Ende raucht. Der 58-jährige Sizilianer arbeitet als Pizzabäcker in der Nähe von Palazzo Montecitorio, dem Sitz des italienischen Abgeordnetenhauses in Rom. Er war nicht überrascht, als dort kürzlich der Versuch gescheitert war, eine Vorlage gegen Homophobie durchzubringen. Als Homosexueller habe er sich damit abgefunden, in seinem Land ohne Schutz und ohne Rechte zu leben, sagt Mario.

Homophobie ist nicht strafbar

Die Vorlage gegen Homophobie stiess im Parlament nicht zum ersten Mal auf Widerstand. Seit über drei Jahren engagieren sich einige Parlamentarier für die Erweiterung des Gesetzes gegen Diskriminierung, Hass und Gewalt, wozu Angriffe aus rassistischen, fremdenfeindlichen oder religiösen Gründen strafbar sind. Das Gesetz sollte ergänzt werden, um auch Homophobie als erschwerenden Umstand einzuschliessen.

Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses hat die Vorlage indes abgelehnt. Die Niederlage mussten Italiens Schwulen- und Lesben-Aktivistinnen am selben Tag einstecken, als in drei amerikanischen Gliedstaaten das Recht auf homosexuelle Ehen per Referendum angenommen wurde. In Europa machte gleichzeitig auch Frankreichs Regierung einen ersten Schritt zur Einführung des Ehe- und Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare, während das spanische Verfassungsgericht die 2005 eingeführte homosexuelle Eheschliessung für legitim erklärte.

In Italien ist laut der Initiatorin für die Vorlage gegen Homophobie, Anna Paola Concia, eine Neuregelung nötiger denn je, um Personen vor homophober Gewalt zu schützen. Regelmässig berichten hiesige Medien über homophobe Gewalttaten. Offizielle Statistiken werden nicht geführt, weil es im Bezug auf solche Akte keine juristischen Richtlinien gibt. Seit 2006 fasst indes die italienische Schwulenorganisation Arcigay jedes Jahr die Meldungen zu homophoben Angriffen zusammen. Im jüngsten Bericht sind knapp 60 Fälle aufgelistet, die sich landesweit im vergangenen Jahr ereigneten.

Wie Stefano Bolognini von Arcigay erklärt, können die Daten zwar wenig Aufschluss über das Ausmass des Problems geben, da nicht jedes Opfer die Behörden verständigt. Vermutlich sei die Zahl der Verbrechen höher, meint er. Immerhin hätten heutzutage Homosexuelle ein neues Bewusstsein erlangt und seien eher bereit als noch vor wenigen Jahren, Gewalttaten bei der Polizei zu melden. Laut Angaben des telefonischen Beratungsdienstes Gay Help Line finden immer mehr Personen den Mut, nach einer homophoben Aggression Anzeige zu erstatten. Dennoch wird bei schweren Verbrechen nur jeder zehnte Vorfall der Polizei gemeldet.

Widerstand der Kirche

Bei Gay Help Line, die seit 2006 im Hauptsitz von Arcigay Rom von rund 70 freiwilligen Helfern betrieben wird, gehen monatlich etwa 2000 Anrufe aus ganz Italien ein. Diskriminierung und Homophobie seien Dauerthemen innerhalb der schwulen, lesbischen, bi- und transsexuellen (LGBT-)Gemeinschaft, sagt der Präsident von Arcigay



Die Römer Angelo und Piergiorgio sind seit über zehn Jahren ein Paar. Soziale Sicherheit geniessen sie nicht. ALFREDO FALVO / CONTRASTO

Rom, Fabrizio Marrazzo. Homophobe Aggressionen habe es zwar schon immer und überall gegeben, der Unterschied zu früher sei aber, dass sich heute Homosexuelle gegen verbale Attacken wehren und darauf die Angreifer mit physischer Gewalt reagieren würden, erklärt er im Gespräch.

Für den jungen Aktivist ist die Erweiterung des Antidiskriminierungsgesetzes um homophobe Gewalt eine Priorität. Dabei gehe es vor allem um den symbolischen Wert, der Gesellschaft zu signalisieren, dass neben Rassismus auch Homophobie strafbar sei. Die Parlamentarierin Concia hat nach der Ablehnung durch die Justizkommission einen neuen Versuch angekündigt, um die Vorlage im Parlament durchzubringen. Wenn jedoch wieder die gleichen Politiker über den Entwurf entscheiden würden, sei nicht viel zu erwarten, meint Marrazzo skeptisch. Denn in Bezug auf LGBT-Rechte sei Italien verglichen mit den meisten Staaten der Europäischen Union zurückgeblieben, auch weil sich bisher noch keine Regierung das umstrittene Thema zu Herzen genommen habe.

Gleichgeschlechtliche Paare werden vom italienischen Staat nicht anerkannt. Eingetragene Partnerschaften, wie sie beispielsweise in der Schweiz oder in Deutschland möglich sind, gibt es nicht. Homosexuelle Ehen stehen erst recht nicht zur Debatte. Die wenigen Versuche, die auf parlamentarischer Ebene unternommen wurden, um auch gleichgeschlechtlichen Paaren Rechte zu gewähren, sind nicht zuletzt am starken Widerstand der katholischen Kirche gescheitert. Diese übt bei gesellschaftlichen Fragen grossen Einfluss auf die Politik aus. In diesem Zusammenhang forderte der Vatikan katholische Parlamentarier stets auf, gegen Vorlagen zu stimmen, welche Schutz oder Rechte für Homosexuelle vorsahen.

Vor dem Eingang der Pizzeria erzählt Mario, dass er seinen Lebenspartner Domenico heiraten würde, wenn dies möglich wäre. Gesetzlich nicht als Paar anerkannt zu werden, erschwere das Leben in verschiedener Hinsicht, meint er. Da sich der Kontakt zu seiner Familie in Grenzen hält, ist ihm Domenico am nächsten. «Wir sind bereits seit 13 Jahren zusammen und nicht mehr die Jüngsten. Trotzdem haben wir keinen Schutz und keine soziale Sicherheit, weil wir nicht als Familie gelten», ärgert sich Mario.

In einzelnen Regionen und Städten wie Mailand, Turin oder Bologna haben Verwaltungen indes Regelungen eingeführt, wonach in homosexuellen Partnerschaften die gleichen oder ähnliche Rechte wie jene in heterosexuellen

Lebensgemeinschaften geniessen. So können auch gleichgeschlechtliche Paare von einem gemeinsamen Versicherungsschutz profitieren, bei medizinischen Notfällen einander beistehen oder Sozialwohnungen beantragen. Regionale und lokale Richtlinien haben jedoch nur territoriale Gültigkeit. Obwohl die Anerkennung homosexueller Paare ermutigend sei, reiche das noch nicht, um auch auf nationaler Ebene Veränderungen herbeizuführen, meint der Arcigay-Präsident Marrazzo.

Homophobie wird verharmlost

Das Interesse an einer Gleichstellung der LGBT-Gemeinschaft ist in Italien nicht nur unter Parlamentariern gering. Auch in der Öffentlichkeit wird über das Fehlen des Rechtsschutzes, welchen Schwulen- und Menschenrechtsorganisationen reklamieren, kaum debattiert. Das Thema der Homo-, Bi- und Transsexualität ist in weiten Teilen der Gesellschaft tabuisiert. Homophobie wird nicht als gefährlich eingestuft, sondern oftmals verharmlost. Abwertende Bemerkungen oder Witze gegenüber Homosexuellen sind die Regel, nicht die Ausnahme, vor allem unter männlichen Jugendlichen und Erwachsenen. Krasse Beispiele dafür sind etwa die Aussage des früheren Ministerpräsidenten Berlusconi, es sei besser, sich für schöne Mädchen zu begeistern, als schwul zu sein, oder jene des Fussballspielers Casano, der sich vor laufender Fernsehkamera keine Homosexuellen in der Mannschaft wünschte. Äusserungen dieser Art sorgen indes nur in vereinzelten Kreisen für Empörung. Kulturelle Vorurteile sind tief verwurzelt, so dass viele für solche Kommentare höchstens ein Schulterzucken übrig haben.

Sozialministerin Fornero, die bisher das Dossier Gleichstellung vernachlässigt hat, zeigte sich enttäuscht über die jüngste Ablehnung der Gesetzesvorlage und kündigte eine neue Strategie und eine landesweite Kampagne gegen Homophobie an. Laut Concia sind keine neuen Pläne notwendig, sondern ist nur ein Durchbruch bei den längst bestimmten Vorschlägen nötig. Laut dem jüngsten Bericht des nationalen Statistikinstitutes Istat über die gesellschaftliche Haltung gegenüber Homosexuellen hat in der Schule jeder vierte, am Arbeitsplatz jeder fünfte diskriminierende Episoden aufgrund der eigenen sexuellen Orientierung erlebt. Über 30 Prozent der Befragten machten ähnliche Erfahrungen bei der Stellensuche.

Diskriminiert wird auch bei der Wohnungssuche, bei Beziehungen mit den Nachbarn, beim Zugang zur Gesundheitsfürsorge oder in Lokalen, Ver-

kehrsbetrieben und öffentlichen Einrichtungen. Mit Schulen hat Arcigay Rom im Rahmen eines EU-Projekts gegen Homophobie eine Zusammenarbeit begonnen. Nicht alle Institute wollen mitmachen, manche Lehrer sprächen sich offen gegen Homosexualität aus, erzählt Marrazzo. Einige Schulen hätten sich auch vom Projekt zurückgezogen, wie kürzlich eine Rektorin, die nach homophoben Aktionen in ihrem Gymnasium keine weiteren Unruhen riskieren wollte.

Italiens LGBT-Aktivistinnen konnten aber auch einige Erfolge feiern. Im letzten März hat beispielsweise das Kassationsgericht einem homosexuellen Paar, das in den Niederlanden geheiratet hatte, das Recht auf ein «Familienleben», welches den gleichen Schutz wie bei heterosexuellen Paaren vorsieht, zugestanden. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich die Mentalität allmählich ändert. Ende Oktober ist im konservativen Sizilien ein homosexueller Katholik als neuer Regionspräsident gewählt worden. Nach Nichi Vendola, der seit 2005 das gleiche Amt im südlichen Apulien bekleidet, ist Rosario Crocetta der zweite bekennende Homosexuelle, der die Führung einer italienischen Region übernimmt.

Hoffnung für die Zukunft?

Zur Wahl Crocettas kommentierte der Politiker und LGBT-Aktivist Ivan Scalfarotto, dass Italiener weniger ein Problem mit einzelnen Homosexuellen als vielmehr mit den Forderungen einer ganzen Gruppe nach Rechten und Anerkennung hätten. Crocetta, der sich im Gegensatz zu Vendola kaum für die Anliegen der Homosexuellen eingesetzt hat, könne das Parlament in Rom diesbezüglich nicht beeinflussen, meinte Scalfarotto. Noch ist unklar, ob und inwiefern sich der neu gewählte Präsident für LGBT-Rechte in Sizilien starkmachen wird. Crocetta hatte bereits für Enttäuschung gesorgt mit der Ankündigung, im Fall eines Wahlerfolgs ein Keuschheitsgelübde abzulegen. Damit habe er sich bei Wählern für seine Homosexualität entschuldigen wollen, meinten verärgerte Aktivistinnen. Laut Marrazzo von Arcigay Rom kann die Wahl eines Homosexuellen alleine wenig bewirken. Das Problem in Italien seien die konservativen Ideen der altingesessenen Politiker im rechten sowie im linken Lager, die jeglichen Fortschritt bremsen. Für die politische Phase, die in wenigen Monaten mit der Wahl einer neuen Regierung beginnt, wünscht er sich «aufgeklärte Personen». Der Wandel könne erst dann stattfinden, wenn die Gesellschaft bereit sei.

Hollande für Sterbehilfegesetz

Debatte in Frankreich lanciert

Der französische Staatspräsident Hollande hat eine Revision der gesetzlichen Regelung der Sterbehilfe angekündigt. Ausgangslage dafür ist ein Expertenbericht, der in aussichtslosen Fällen eine ärztliche Hilfe beim Suizid nicht ausschliesst.

Rudolf Balmer, Paris

Staatspräsident Hollande hat in Frankreich eine Debatte über die Sterbehilfe lanciert. Die bisherige, eher restriktive Regelung mit der «Loi Leonetti» aus dem Jahr 2005 ist seiner Ansicht nach für die betroffenen sterbewilligen Patienten und deren Angehörige ungenügend und für das medizinische Personal oft zu wenig präzise. Hollande hatte darum in seinem Wahlprogramm eine Revision versprochen, die einen rechtlichen Rahmen für die Abkürzung des Leidens am Lebensende ermöglichen soll. Es handelt sich um eine Frage, die an ethische Grundfragen rührt und Glaubenskonflikte auslösen kann.

Personal im Dilemma

Schon heute stehen die Ärzte und das Pflegepersonal oft vor einem Dilemma. Die jetzige Gesetzgebung besagt zwar, dass auf Wunsch der Patienten oder ihrer Angehörigen in schweren Fällen ohne Heilungsaussichten das Leiden nicht unnötig verlängert werden darf. Die Menschenwürde und die Qualität des Lebens kämen vor der quantitativen Dauer, bestimmte das Gesetz. Nach Rücksprache mit den Betroffenen und gestützt auf einen kollektiven ärztlichen Beschluss kann darum schon heute eine als sinnlos erachtete lebensverlängernde Massnahme (künstliche Beatmung, oder Ernährung) gestoppt werden, was als passive Sterbehilfe aufgefasst wird.

Im Spitalalltag kommt es aber oft auch zu Situationen, die nicht genau geregelt sind. In dieser Grauzone beschliessen manche Ärzte mit Zustimmung der Familie von Totkranken, die Dosis von Schmerzmitteln so weit zu erhöhen, dass dabei nicht nur das Leiden gelindert, sondern auch das Sterben beschleunigt wird. Frankreichs Ärzte schwören zwar heute nicht mehr den hippokratischen Eid in seiner Originalfassung, der eine Sterbehilfe durch das Verabreichen eines tödlichen Gifts ausdrücklich ächtet, sondern werden auf berufsethische Pflichten vereidigt, die eine aktive Mithilfe bei Lebensverkürzung ausschliessen. Dank der jetzt beginnenden Debatte und einer klarer formulierten Gesetzesvorlage soll das Krankenhauspersonal nicht länger vor diesem Dilemma stehen.

Vergleiche mit der Schweiz

Im Expertenbericht, den der Medizinprofessor Didier Sicard am Dienstag dem Staatspräsidenten überreicht hat, wird kein druckreifer Text für eine Vorlage geliefert. Er empfiehlt aber die ausdrückliche Legalisierung einer Sterbehilfe durch Sedativa und möchte zumindest die Debatte über einen Suizid mit medizinischer Unterstützung eröffnen. Bereits jetzt wird in Vergleichen oft die Praxis in der Schweiz betrachtet. In Frankreich wird es aber prinzipiell ausgeschlossen, die Organisation der Hilfe beim Suizid nichtstaatlichen Vereinigungen zu überlassen.

Wie heikel seine Aufgabe war, der Staatsführung in diesem Bereich Ratsschläge zu unterbreiten, beschrieb Sicard laut «Le Monde» an einer Publikumsveranstaltung in Lille: «Jeden Tag danke ich dem Präsidenten dafür, dass er mir diese Aufgabe anvertraut hat, und jeden Tag verfluche ich ihn dafür, so komplex und zugleich mitreissend ist diese Mission.» Die geplante Revision stösst in Frankreich vor allem in kirchlichen Kreisen auf Ablehnung. Aber laut Umfragen sind rund 80 Prozent der Bürger grundsätzlich dafür. Die Vorlage soll im Juni vor das Parlament kommen.